

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

1. Februar 2016

CDU-Juristen zur Sprachregelung der Polizei

Nach den Vorfällen in der Silvesternacht in Köln wurde die Herkunft der Täter verschwiegen. Grundlage hierfür sei eine Entscheidung der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 2008, so der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) Rainer Wendt bei der Klausurtagung der CDU im Kloster Schöntal. Mit dieser Regelung sollten nationale Minderheiten, in erster Linie Sinti und Roma, vor diskriminierender Kennzeichnung durch die Polizeibehörden geschützt werden. Auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit dürfe in der internen und externen Berichterstattung nur hingewiesen werden, wenn sie zwingend erforderlich sei.

„Die Bevölkerung reagierte empört, als Tage später bekannt wurde, dass es sich bei den Tätern weitestgehend um Flüchtlinge handelte“, so Dr. Alexander Ganter, Landesvorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) Baden-Württemberg. Diese Regelung führte nicht nur in diesem Fall nicht zum Schutz der Täter, sondern dazu, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Polizei verliert und nach und nach die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen zu kippen droht. „Der Rechtsstaat steht vor einer großen Bewährungsprobe“, so Dr. Ganter. Die Polizei könne infolge personeller Unterbesetzung ihre Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Das wird nicht nur in der Silvesternacht deutlich, sondern auch bei der Verfolgung von Ladendiebstählen oder organisierter Diebesbanden beispielsweise an Bahnhöfen oder in Wohngebieten. Freibriefe wie in Schleswig-Holstein für Kleinkriminalität dürfe es nicht geben!

Unsere Bürger sind, wie die Stellungnahmen nach den Vorfällen von Köln zeigen, durchaus in der Lage, zwischen Flüchtlingen und kriminellen Ausländern zu unterscheiden.

Wenn aber der Eindruck vorherrscht, man wolle Straftaten von Ausländern vertuschen, geht nicht nur der letzte Rest an Vertrauen verloren. Dann entsteht auch ein Generalverdacht gegen die Polizei und die Flüchtlinge. Die Polizei müsse daher klar die Fakten benennen. Die Bevölkerung habe ein Interesse daran, zu wissen, woher die Täter kommen. „Wir müssen das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen und das geht nur mit Transparenz und einer offenen Berichterstattung“, so der Vorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.